

## Parlamentarischer Vorstoss

2025/302

---

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	<b>Nutzung wissenschaftlicher Exzellenz</b>
Urheber/in:	Roman Brunner
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Abt, Bammatter, Boerlin, Ismail, Jansen, Kaufmann Urs, Kirchmayr, Koller, Locher, Meschberger, Mikeler, Noack, Roth Urs, Schürch, Stöcklin, Strüby-Schaub, Weber Killer, Wyss
Eingereicht am:	26. Juni 2025
Dringlichkeit:	—

---

### Nutzung wissenschaftlicher Exzellenz für die Universität Basel

«Der internationale Wettbewerb um Talente und Technologien spitzt sich zu. Die politische Polarisierung in den USA, befördert vor allem durch die Trump-Regierung, wirkt dabei wie ein Brandbeschleuniger – durch die Kürzung von Fördergeldern, Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit und gezielte Einschränkungen von Diversitätsprogrammen» (vgl. [Handelsblatt](#)).

Autokratische Regierungen tendieren dazu, Bildungspolitik ideologisch zu steuern, kritisch denkende Institutionen zu schwächen und wissenschaftliche Freiheit einzuschränken, was langfristig zu Bildungsabbau und einem Braindrain an Universitäten führt. Akademische Freiheit, finanzielle Ausstattung, gesellschaftliches Vertrauen und internationale Anschlussfähigkeit werden gezielt oder fahrlässig geschwächt, was zu einer dauerhaften Abwanderung von Wissen und kritischem Denken führt. Populistische Regierungen stellen Wissenschaft systematisch infrage, um eigene Narrative zu stützen. Das Ziel dahinter ist klar: So soll die die Wissenschaft ihre Legitimation verlieren. Fachbereiche wie Gesundheitswissenschaften und medizinische Forschung, Forschungsoperationen mit anderen Universitäten und Staaten, aber auch Themen wie Klimawandel, Gender Studies oder Pandemiewissenschaften geraten zunehmend unter Druck. Die «Elitefeindlichkeit» populistischer Regierungen richtet sich auch gegen Universitäten.

Autokratische Regierungen verfolgen oft das Ziel, das Bildungssystem im Sinne ihrer Ideologie zu beeinflussen, weil Universitäten als Orte kritischen Denkens und potentiellen Widerstands angesehen werden. Unabhängige Forschung wird als Bedrohung angesehen. Dies führt zu einer Einschränkung der akademischen Freiheit, zur Entmündigung freier Lehre und Forschung und zu Selbstzensur in der Wissenschaft. Lehrende oder Studierende mit oppositionellen Meinungen werden sanktioniert. Auch kann an betroffenen Hochschulen eine Angstkultur entstehen.

Beispiele dafür finden wir in der jüngeren Vergangenheit zahlreiche. Nach dem Putschversuch 2016 in der Türkei wurden tausende Akademiker entlassen oder verfolgt. In Ungarn wurde unter

---

Victor Orban die Central European University (CEU) durch Gesetzesänderungen zur Abwanderung gezwungen. Oder in Polen unter der PiS die Hochschulen ideologisch umgebaut. Oder in Brasilien unter Bolsonaro die Hochschulbudgets um Milliarden gekürzt und die Sozialwissenschaften verunglimpft. Oder jüngst in den USA, beispielsweise in Florida unter Ron DeSantis oder in Harvard unter Donald Trump, die Wissenschaftsfreiheit in Frage gestellt.

Mit neoliberalen und nationalistisch-autarken Ansätzen finden Kürzungen im öffentlichen Bildungsbereich statt. Hochschulbudgets werden reduziert. Die Förderung für Geistes- und Sozialwissenschaften, oft auch systemkritischen Wissenschaften, werden gestrichen, Volluniversitäten in Frage gestellt. Oft sind schlechtere Arbeitsbedingungen für Forschende, ein Rückgang der internationalen Wettbewerbsfähigkeit oder eine sinkende Attraktivität für Spitzenkräfte die Folgen daraus.

Laut einer Umfrage der US-amerikanischen Zeitschrift Nature überlegen 75 Prozent der in den USA tätigen Nachwuchswissenschaftler:innen, das Land zu verlassen. Die Nachfrage nach Stellen, Austauschprogrammen und Stipendien wird steigen (vgl. dazu [SWR](#)). Wenn wissenschaftliche Exzellenz, Freiheit und Ressourcen fehlen, wandern Fachkräfte aus. Junge Studierende und Forschende gehen ins Ausland und kehren nicht zurück. Akademiker:innen suchen sich sichere und fördernde Umfelder für ihre Forschung. Institutionen, die nach wie vor ein unabhängiges, freies Forschungsumfeld anbieten können, sind attraktiv für Talente. Die EU hat bereits ein 500-Millionen-Euro-Paket auf den Weg gebracht, um internationale Spitzenkräfte gezielt nach Europa zu holen.

**Ich bitte den Regierungsrat des Kantons Baselland deshalb zu prüfen und darüber zu berichten**

- **wie der Regierungsrat des Kantons Basellandschaft der Universität Wissenschaftsfreiheit als Grundlage einer offenen Gesellschaft garantieren kann.**
- **mit welchen Massnahmen die Universität Basel eine Abwanderung von Fachkräften verhindert.**
- **welches Potential die Regierung für die Universität Basel in der weltweiten Entwicklung der wissenschaftlichen Exzellenz sieht, und wie dieses Potential aktiviert werden kann.**
- **mit welchen Massnahmen die Universität Basel auf die jüngste Entwicklung in den USA reagiert.**
- **wie sich die Rekrutierung von ausländischen Akademiker:innen in den letzten 10 Jahren verändert hat.**
- **wie diese Veränderung für die wissenschaftliche Exzellenz genutzt werden kann.**